

"Unterwegs versickert Geld"

Alenberghalle: Vortrag von Renate Hartwig über das Gesundheitswesen



Engagierte Kämpferin für das System der niedergelassenen Ärzte: Renate Hartwig bei ihrem Vortrag in der Alenberghalle, den der Verein Münsinger Ärzte veranstaltet hatte. Foto: Ralf Ott

Rund 200 Zuhörer verfolgten am Mittwochabend in der Alenberghalle den Vortrag der Bürgerrechtlerin Renate Hartwig unter dem Titel "Der verkaufte Patient". Sie skizzierte Gefahren für das Gesundheitswesen.

RALF OTT

Münsingen Als "Drama" charakterisierte die Münsinger Ärztin Inge Erbe den Zustand der Gesundheitspolitik. "Den niedergelassenen Ärzten steht das Wasser heute bis zum Hals", sagte sie in ihrer Begrüßung. Als Folge des laufend sinkenden Verdienstes, zunehmender Arbeitsbelastung und eines immer größeren Regelungs- und Bürokratieaufwands seien inzwischen 20 Prozent der Arztsitze im Kreis Reutlingen nicht mehr besetzt.

Als engagierte Kämpferin für eine Trendwende im Gesundheitswesen zog anschließend Renate Hartwig die Zuhörer mit ihrem fachkundigen und kurzweiligen Vortrag in ihren Bann. Ganz grundsätzlich, so verdeutlichte sie zu Beginn, sei ihr Einsatz gegen die Kommerzialisierung des Gesundheitswesens auch ein Stück Demokratie, nämlich sich einzumischen anstatt über sich bestimmen zu lassen. Werde die Medizin weiter industrialisiert, gehe die "Kunst des Heilens" verloren, warnte sie. Um ihr Anliegen, nämlich die Bewahrung des Systems der niedergelassenen Ärzte, zu erreichen, sei ein Schulterschluss zwischen Ärzten und Patienten unumgänglich. Aus diesem Grund regt sie seit geraumer Zeit die Gründung von Bürgerpatiententreffen an. Mittlerweile gibt es bereits 472 solcher Gruppen in Deutschland. "In Coburg veranstalten die Patienten jeden Dienstag eine Demo", berichtete sie weiter. "Die Gesundheitsreform hat uns an die Kippe der Entsolidarisierung gebracht", so Hartwig weiter. Sie warb dafür, auf regionaler Ebene anzusetzen, um den Widerstand gegen den derzeitigen Kurs breit anzulegen. "Die Entscheidungen kommen letztlich nicht von Gesundheitsministerin Ulla Schmidt", betonte Hartwig und verwies beispielsweise auf Dr. Klaus Theo Schröder, Staatssekretär im Gesundheitsministerium, der zuvor als Manager für die Rhön-Kliniken und damit einem börsennotierten Betreiber von Kliniken und Medizinischen Versorgungszentren gearbeitet habe. Als Aufsichtsrat steht dort auch der SPD-Gesundheitsexperte Dr. Karl Lauterbach auf der Gehaltsliste. Für diese Arbeit flossen ihm immerhin seit 2005 mindestens 28 000 Euro zu, wie sich aus den veröffentlichungspflichtigen Angaben des Bundestags ergibt. Hartwig erinnerte an den Besuch von Gesundheitsministerin Schmidt bei dem US-Gesundheitskonzern "Kaiser Permanente", der die Bürger versichert, in Kliniken versorgt sowie Apotheken und Forschungslabors besitzt und 34 Milliarden Dollar Jahresumsatz erzielt. Zwei Jahre nach dieser Reise sah sich der Bundestagsausschuss für Gesundheit ebenfalls bei jenem US-Medizinkonzern um.

Vehement sprach sich Hartwig für die Abschaffung der Kassenärztlichen Vereinigungen aus. "Die müssen weg, das sind die Vollstrecker der Politik." Die Kassenärztlichen Vereinigungen verteilen das Geld, das die Bürger an die Krankenkassen zahlen, an die Ärzte, die wiederum zur Mitgliedschaft verpflichtet sind und dafür 2,5 Prozent ihres Umsatzes als Beitrag zahlen. "Doch unterwegs versickert Geld", klagte Hartwig. Die Rechnung ist einfach: Die Einnahmen der

gesetzlichen Krankenversicherung lagen Hartwig zufolge im vergangenen Jahr bei 153 Milliarden Euro. Davon flossen 15 Prozent an die niedergelassenen Ärzte, sieben Prozent an die Zahnärzte, 33 Prozent an die Kliniken, 17 Prozent wurden für Medikamente ausgegeben und 6,9 Prozent für Heil- und Hilfsmittel sowie weitere neun Prozent für Krankengeld und Kuren. Macht unterm Strich 87,8 Prozent. Unter dem Posten Sonstiges verbleiben 12,2 Prozent, rechnete Hartwig vor, das entspricht immerhin einer Summe von 18,2 Milliarden Euro. "Das Geld taucht nirgends mehr auf", klagte sie und vermutete, ein Teil der Summe fließe Unternehmensberatungen zu und ein Teil falle wohl aber schlicht unter den Oberbegriff "Korruption". Die Bürgerpatientenstammtische bereiten derzeit zusammen mit 14 Rechtsanwälten eine Auskunftsklage gegen die Krankenkassen vor, gab Hartwig bekannt.

Das Ziel der Gesundheitsreform ist es nach ihrer Einschätzung, das System der niedergelassenen Ärzte durch eine "integrierte Versorgung" der Bevölkerung in Medizinischen Versorgungszentren zu ersetzen. Die wiederum befinden sich im Eigentum von Kapitalgesellschaften, wie beispielsweise den bereits erwähnten Rhön-Kliniken. "Aber nur der freie Arzt ist ein Garant dafür, dass es auch um uns geht, wenn wir krank sind", warnte die Referentin. Andernfalls seien allein Gewinn und Verlust für Entscheidungen maßgeblich. Sie rief zur Gründung von Patientenstammtischen auf.

In Münsingen soll es ein erstes Koordinierungstreffen für solch einen Bürgerpatientenstammtisch geben, kündigte Dr. Eberhard Rapp an. Dabei werde auch geprüft, inwieweit Strukturen der Bürgerinitiative für das Krankenhaus weiter genutzt werden können.

Info

Weitere Informationen über den Zustand des Gesundheitswesens: Renate Hartwig, "Der verkaufte Patient", Pattloch Verlag, ISBN: 978-3-629-02204-2, <http://www.patient-informiert-sich.de>

Erscheinungsdatum: Freitag 22.05.2009
Quelle: <http://www.suedwest-aktiv.de/>

SÜDWEST AKTIV - Copyright 2002-2009 Südwest Presse Online-Dienste GmbH
Alle Rechte vorbehalten!

[← zurück zum Artikel](#)

[← zurück zur Ressort-Übersicht](#)